

Schiers

Neueröffnung der umgebauten GKB

Nach fünfwöchigem Umbau hat die Graubündner Kantonalbank (GKB) am 6. November ihre modernisierte Geschäftsstelle in Schiers eröffnet. Die Kundschaft profitiert von einer neu gestalteten Kundenhalle und einer verstärkten Beratung. Mit diesem Schritt investiert die GKB weiterhin in ihren dezentralen Vertrieb und bietet attraktive Arbeitsplätze in den Regionen an.

Die GKB Schiers kommt ohne klassische Schalter aus. Ein neues Element ist der Empfangs Desk für allgemeine Informationen, etwa zu Karten oder einfachen Produkten. Beratungen finden direkt in den Besprechungszimmern statt. Auf diese Weise kann sich die GKB als moderne Beratungsbank positionieren. «Mit dieser Neuerung können sich unsere Beraterinnen und Berater noch stärker um die individuelle Betreuung kümmern», freut sich Diego Senti, Leiter Region Landquart. Auch wichtig sei, dass die GKB so weiterhin spannende Arbeitsplätze in der Region anbieten könne.

Bargeldbezüge und Einzahlungen sind weiterhin möglich, neu einfach am Bancomaten. Dieser ist auch ausserhalb der Öffnungszeiten rund um die Uhr zugänglich. Zudem investiert die GKB laufend in ihre digitalen Angebote, mit denen sie Bankgeschäfte vereinfachen will. Ein Beispiel ist die digitale Filiale, in der man Bargeld online bestellen und sich kostenlos per Post nach Hause senden lassen kann. Weitere Informationen unter gkb.ch/digital. Die GKB Schiers ist von Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr geöffnet. Individuelle Beratungsgespräche sind auch ausserhalb der Öffnungszeiten sowie bei Kundinnen und Kunden zuhause möglich. (Pressedienst)



Die Kundschaft profitiert von einer neu gestalteten Kundenhalle und einer verstärkten Beratung.

Foto: zVg

Graubünden

IG Kleingemeinden GR tagte in Chur



Die Gründe für die Wohnungsnot sind komplex.

Foto: zVg

Gemeinden können Wohnungspolitik nicht mehr einfach dem Markt überlassen. Die Interessengemeinschaft der Kleingemeinden Graubündens führte kürzlich ihre Jahrestagung im Grossratsgebäude durch. Das Ziel der Jahrestagung ist, dass die Gemeindevertreter:innen möglichst viele Erkenntnisse und Impulse mit nach Hause nehmen, um die in ihrem Wirkungskreis anfallenden Aufgaben im Sinne von «best practice» umsetzen zu können. Fünf Referate zum Thema «Wohnungsnot in Graubünden: Gibt es Lösungen?» zeigten die Herausforderungen für Gemeinden und Gesellschaft eindrücklich auf.

Den Anfang machte Regierungsrat Marcus Caduff, Departementvorsteher für Volkswirtschaft und Soziales. Er beleuchtete die Fragestellung mit gleichzeitiger Beantwortung von Lösungsansätzen aus Sicht des Kantons Graubünden. Mit Bezug auf den Wohnraum seien die Haushalte mehr gewachsen als die Bevölkerung zugenommen habe. Die Angebotsquoten an Wohnungen liegen mit Ausnahme der Mesolcina weit unter dem schweizerischen Durchschnitt (Quelle Avobis, Wohnungsmodell Avobis). Und im kantonalen Durchschnitt nehmen die 1- und 2-Personen-Haushalte 39 bzw. 34 Prozent des gesamten Wohnraumes ein. Auch die Altersstruktur der schweizerischen Wohnbevölkerung ist weit höher als diejenige der ausländischen (Quelle: BFS). Die Schlussfolgerungen sind:

Die Gründe für die Wohnungsnot sind komplex; regional gibt es sehr grosse Unterschiede; die Herausforderungen sind erkannt und die Bautätigkeit hat in Graubünden wieder zugenommen. Dieses Bild vermittelt einen leicht positiven Ausblick mit regional unterschiedlichen Herausforderungen, so Marcus Caduff. Als Lösungsansätze sieht er zum einen die Revision des Gesetzes über den sozialen Wohnungsbau und die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet und zum anderen die indirekte Förderung von gemeinnützigen Wohnbauträgern in Ergänzung zum «Fonds de Roulement» des Bundes.

Klare Entwicklungsvorstellung notwendig

Thomas Egger, Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB, ging in seinem Referat vorerst auf die Erkenntnisse aus dem Leitfaden zur Wohnraumförderung sowie auf die Auswirkungen der Zweitwohnungsgesetzgebung und des Raumplanungsgesetzes ein. Zentrale Erkenntnisse der SAB sind folgende: Die Gemeinden müssen eine klare räumliche Entwicklungsvorstellung haben. Die Wohnraumpolitik ist Bestandteil einer derartigen Standortpolitik. Der Einbezug der Bevölkerung ist entscheidend. Egger skizziert dabei die Instrumente bzw. die Handlungsmöglichkeiten für Gemeinden: Nutzungsplanung, z.B. Hotelzone, Erstwohnanteilsplan; Boden im Baurecht abgeben; Beteiligung an Wohnbaugenossenschaften; direkte finanzielle Beteiligung an Baukosten; Förderung

von Ansiedlungsprämien im Stil von Albinen VS («Niederlassungsprämien»); die Qualität des Wohnumfeldes steigern (z.B. die medizinische Versorgung, Dorfläden, Kita und nicht zuletzt auch die über die Gemeindegrenzen hinausgehende Koordination von Dienstleistungen). «Gemeinden können Wohnungspolitik nicht mehr einfach dem Markt überlassen», so Egger.

Lösungsansätze dreier Gemeinden

Alsdann haben Nora Saratz Cazin, Gemeindepräsidentin von Pontresina, Patrick Schaniel, Gemeindepräsident von Sumvitg, und Erich Kohler, Gemeindepräsident von Domat/Ems, die sich in ihren Wohngemeinden ergebenden Ausgangslagen präsentiert und aufgezeigt, mit welchen Lösungsmöglichkeiten sie den sich stellenden Herausforderungen begegnen.

Die Tagung mit den Beiträgen der Vertreterin einer grossen Tourismusgemeinde im Oberengadin und sowohl des Vertreters einer Berggemeinde im Bündner Oberland als auch desjenigen der grössten Zentrums- und Industriegemeinde im Bündner Rheintal deckte eine gute Mischung von unterschiedlichen Gemeinden ab. Somit durften die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Lösungsansätzen bedient werden, die zum Nachdenken an die Verhältnisse in ihren Gemeinden anregen, um vielleicht die einen oder anderen auch bei ihnen umzusetzen. Weitere Infos unter www.ig-kleingemeinden.ch.

(Alex Brembilla)